

Öffentliche Mitgliederversammlung und Fachtagungen, Teil 1

Verbandstag an der ehemaligen Landesgrenze

Seit 1971 sind die Städte Villingen und Schwenningen eine politische Einheit. Dies ist bemerkenswert, ist doch Villingen eine badische Stadt und Schwenningen traditionell württembergisch. Somit war der Austragungsort für den Verbandstag prädestiniert. Bildet doch der Fachverband seit dem Zusammenschluss der Landesverbände Südbaden und Baden-Württemberg seit 1981 eine schlagkräftige Einheit. Am 14. und 15. Juli trafen sich 300 SHK-Profis zu Delegiertenversammlung, öffentliche Mitgliederversammlung und den Fachtagungen.



Die öffentliche Mitgliederversammlung stand im Mittelpunkt des Verbandstages

Bei hochsommerlichen Temperaturen freute sich Bernd John, Obermeister der gastgebenden Innung Schwarzwald-Baar, die Kollegen in der Villingener Tonhalle zahlreich begrüßen zu können. Hatte man doch wegen der Fußballweltmeisterschaft den Verbandstag erstmals auf Mitte Juli terminiert. Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses war die öffentliche Mitgliederversammlung. Neben dem Festreferat von Psychologin und Motivationstrainerin Monika Matschnig und verschiedenen Ehrungen standen die Grundsatzausführungen des Vorstandsvorsitzenden Manfred Stather auf dem Programm. Er machte die Positionen des Fachverbandes gegenüber Vertretern aus Politik, Handel, Handwerk und Industrie deutlich.



Bernd John, Obermeister der gastgebenden Innung, begrüßte die Kollegen in der Villingener Tonhalle

2,5 % mehr Umsatz

Nach Jahren des Rückgangs stellte der Vorstandsvorsitzende wieder ein leichtes Aufatmen in den eigenen Reihen fest. So konnte der SHK-Handwerksbereich, der in Baden-Württemberg mit 43.000 Beschäftigten

einen Jahresumsatz von rund 4,5 Milliarden Euro erzielt, die Umsätze im letzten Jahr um rund 2,5 % steigern. Spätestens seit den dramatischen Preissteigerungen von Öl und Gas und der deutlich gewordenen Abhängigkeit Deutschlands von den Rohstofflieferanten habe sich mit dem Wunsch nach neuen Heizungssystemen und möglichst autonomer Energieversorgung ein neuer Megatrend eingestellt. „Regenerative Energien wie Solarthermie sowie Pelletsöfen sind der Renner“, brachte der Vor-

standsvorsitzende die Entwicklung auf den Punkt. Erfreulich sei auch, dass sich die neue Bundesregierung verstärkt der Energieeinsparung verschrieben habe. So z. B. mit Marktanreizprogrammen für erneuerbare Energien und Verbesserungen der Energieeffizienz durch ein Gebäudesanierungsprogramm, das auch den Mietwohnungsbau mit einbezieht. Der Fachverband mahnte bei der Bundesregierung allerdings auch die versprochene Evaluierung der Handwerksordnung an. Seit der

Novellierung hätten sich zwar die Betriebszahlen erhöht, doch von der Schaffung neuer Arbeitsplätze sei man weit entfernt. Außerdem berge die Herausnahme der Behälter- und Apparatebauer aus Anlage B Gefahrenpotenzial. Die Herstellung von Anlagen für die pharmazeutische oder chemische Industrie verlange eindeutig den großen Befähigungsausweis, so Stather.

Versprochen und gebrochen

Stather erinnerte in seinen Ausführungen auch an die Wahlversprechen im Bundestagswahlkampf. Danach sollten die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 % sinken. Doch davon sei jetzt nichts mehr zu spüren. Allein die Gesundheitsreform mit der Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte zeige, dass die Lohnzusatzkosten eher steigen als fallen. An die Adresse der Politik mahnte der Vorstandsvorsitzende, dass es dringend erforderlich sei, die Lohnzusatzkosten zu senken. Dazu gehören, so Stather, auch unpopuläre Maßnahmen, wie die Dauer der Lohnfortzahlung



Versprochen und gebrochen: Vorstandsvorsitzender Stather erinnerte an die im Bundestagswahlkampf gemachten Wahlversprechen

im Krankheitsfall auf vier Wochen zurückzuführen. Neue Kosten hätte auch das Gesetz zur Vorverlegung der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen gebracht, das die Handwerksbetriebe mehr als nur verärgert habe. Die Politik verspreche andauernd den Abbau von Bürokratie und schaffe aber derartige Monster. Durch die vorläufige und endgültige Abrechnung hätten die Betriebe den doppelten Aufwand zu verkraften. Zwar sei das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zurückgerudert, indem wieder auf das Abrechnungsergebnis des Vormonats abgestellt werden könne. Trotzdem bleibe durch die Abschlagszahlung ein Mehraufwand bestehen.



Das Thema des Festreferates von Psychologin Monika Matschnig: Körpersprache

Berufsgenossenschaft

Ebenfalls Kosten treibend seien die Beitragserhöhungen der gesetzlichen Unfallversicherung um bis zu 20 %. Dadurch kämen die Betriebe schlichtweg an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Um die Beiträge senken zu können, fordert der Fachverband allgemeine Lebensrisiken über andere Sozialversicherungsweige bzw. private Versicherungen abzusichern. So seien die privaten Wegeunfälle, gemeint sind Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit, aus dem Leistungskatalog herauszunehmen. Denn Wegeunfälle beanspruchen mit 1,3 Milliarden Euro rund 15 %



Ehrennadeln des Fachverbandes erhielten (v.l.) Bernd Pfeil, Rolf Uhlmann, Klaus Bodmer, Robert Smejkal, Joachim Kreuz, Hans Klein, Wolfgang Friedrich und Thomas Kaiser

der Leistungsausgaben. Als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Stather die Forderung des Bundesrats nach einer Reformierung der gesetzlichen Unfallversicherung. Darin sei die Herausnahme der Wegeunfälle und von Leistungen bei Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung enthalten.

Christliche Gewerkschaft Metall als Tarifpartner bestätigt

Vor 20 Jahren hat der Fachverband die ersten Kontakte mit der Christlichen Gewerkschaft Metall, der CGM, geknüpft. Im Laufe der Zeit wurde für Betriebe und Mitarbeiter ein handwerksnahes und rechtssicheres Tarifsammelwerk erstellt. Mit einem Störfeuer begleitete die IG Metall diese Entwicklung. Diese gipfelte darin, dass sie die Gewerkschaftsfähigkeit der CGM gerichtlich überprüfen ließ. Das Bundesarbeitsgericht hat diesem Ansinnen

der IG Metall im März eine klare Absage erteilt. Damit hat das höchste deutsche Arbeitsgericht den Gewerkschaftsstatus der CGM bestätigt. Stather sieht damit auch das Ergebnis der Tarifpolitik des Fachverbandes bestätigt.

Meisterstudium jetzt möglich

Zum zweiten Mal in Folge verzeichnet der Fachverband mit 2 % auf rund 4100 leicht steigende Lehrlingszahlen. Dennoch lassen sich in Baden-Württemberg 800 Lehrstellen in den SHK-Handwerken nicht besetzen. Dies trotz der höchsten Löhne im gesamten Handwerk. In Großstädten einen geeigneten Lehrling zu finden, verglich der Vorstandsvorsitzende mit der berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Als Hauptursache für die Misere nannte Stather die mangelnde Qualifikation vieler Schulabgänger für die technisch anspruchsvollen SHK-Berufe:

„Der Betrieb kann nicht auffangen, was im schulischen Vorleben versäumt wurde. Gerade die Hauptschulen müssen wieder mehr elementare Grundlagen wie Lesen, Schreiben und Rechnen vermitteln.“ Doch wusste Stather aus dem Bildungsbereich auch Positives zu berichten. Bisher konnte in Baden-Württemberg die Hochschulzugangsberechtigung grundsätzlich nur auf schulischem Weg erworben werden. Für besonders qualifizierte Berufstätige öffnet das Land die Hochschulen. Jetzt besitzen Meister grundsätzlich die Qualifikation, ein ihrer beruflichen Ausbildung entsprechendes Studium aufzunehmen.

Stop für Montagearbeiten durch Stadtwerke

Der Landespolitik konnte der Vorstandsvorsitzende noch einen weiteren positiven Aspekt abgewinnen. Nach jahrelangen Diskussionen konnte sich das Handwerk bei der Neufassung der Gemeindeordnung mit einer Kernforderung gegen handwerkliche Tätigkeiten von Stadtwerken, wie die Montage von Heizungsanlagen durchsetzen. Die zum 1. Dezember 2005 in Kraft getretene Novellierung der Gemeindeordnung enthält jetzt eine verstärkte Subsidiaritätsklausel. Die besagt, dass Kommunen wirtschaftliche Unternehmen außerhalb der Daseinsvorsorge nur dann errichten dürfen, wenn der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden kann. Zwar könne



Für seine Verdienste wurde Siegward Marquardt aus Herrenberg mit dem Wilhelm-Braun-Preis geehrt

Dr. Hans B. Klein

Rainer Krysch

Dietmar Zahn

Albrecht Oesterle

Michael Dietrich

Matthias Bergmann

Peter Strobel

Ehrung für die Besten der Besten durch Vorstandsvorsitzenden Stather: (v.l.) die Landessieger Stefan Munz, Simon Altvater, Stefan Bayer und Daniel Dold



der Fachverband dem eingeführten Bestandsschutz nicht zustimmen. Stather sprach der Landesregierung dennoch Anerkennung dafür aus, dass auf die für das Handwerk unbefriedigende Rechtslage reagiert wurde.

Keine 120 Stunden für den Bedarfsausweis

Die Europäische Union hat eine Richtlinie über die „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ erlassen. Kernaussagen dieser EU-Richtlinie, die bis 2006 in nationales Recht umgesetzt werden muss, sind der Energieausweis für alle Gebäude und die regelmäßige Inspektion von Heizkesseln und von Klimaanlage. Nach einem Entwurf der Energieeinspar-Verordnung 2006 soll für den Haus- und oder Wohnungseigentümer ein Wahlrecht bestehen, ob er den Energieausweis auf Basis des rechnerischen Bedarfs oder des tatsächlichen Energieverbrauchs erstellen lässt. Will er derartige Ausweise ausstellen, muss ein Installateur- und Heizungsbaumeister als Nachweis für seine Qualifikation einen 120-stündigen Weiterbildungskurs plus Prüfung absolvieren. Für die Ausstellung eines Bedarfsausweises, bei dem ledig-

lich der Energieverbrauch der letzten drei Jahre in ein Computerprogramm eingegeben wird, bezeichnete Stather die Anforderungen für die Erstellung eines Verbrauchsausweises als absolut überzogen. Hier müsse der Meistertitel als Qualifikationsnachweis ausreichen.

Einen weiteren Handlungsbedarf sieht der Fachverband im § 12 der EnEV über die energetische Inspektion von Klimaanlage. Danach sind zur Durchführung von Inspektionen nur Ingenieure der Versorgungs- bzw. Gebäudetechnik zugelassen. Stather hierzu: „Wir vermissen hier unseren Installateur- und Heizungsbaumeister. Es kann doch nicht angehen, dass der kompetente Meister bei der Inspektion von Klimaanlage nicht berücksichtigt wird.“

Land will Spitzenstellung im Umweltschutz, aber...

Baden-Württemberg hat Großes vor: nach der Koalitionsvereinbarung bzw. der Regierungserklärung soll das Land künftig eine Spitzenstellung im Umweltschutz, bei den regenerativen Energien und der Nachhaltigkeit einnehmen. Viele Ziele und die dazu angedachten Programme kommen den Interessen der SHK-Betriebe entgegen. Aber es gibt auch Fragezeichen. Einerseits wird der Einsatz von Holz staatlich gefördert. Andererseits entsteht eine zunehmende Diskrepanz zwischen dieser staatlich-

chen Förderung und den Aktionsplänen gegen die Feinstaubproblematik. Angeblich sollen die 14 Millionen Holzfeuerungen in Deutschland ein ebenso hohes Feinstaubpotenzial wie alle Dieselfahrzeuge aufweisen.

Stather machte in diesem Zusammenhang auf die Fortschritte in der Verbrennungstechnik aufmerksam. Moderne Holzpelletsessel oder Pelletöfen weisen mit Staubemissionen von maximal 30 bzw. 35 Milligramm pro Kubikmeter Abgas Emissionen weit unter den 150 Milligramm aus der Bundesimmissionschutz-Verordnung auf. Diese Anlagen können das Umweltzeichen Blauer Engel erwerben und ihr Einsatz wird vom Umweltbundesamt ausdrücklich empfohlen. Pelletsheizungen tragen nur etwa 0,1 % zur Feinstaubbelastung bei. Selbst eine Verzehnfachung der Anlagen würde den Beitrag an den Gesamtemissionen nur marginal verändern. In Anbetracht dieser Tatsachen forderte Stather daher, Schluss mit undifferenzierten Verbrennungsverboten oder Einschränkungen für Holzfeuerungen zu machen und nachwachsende Rohstoffe zu honorieren. Stathers konkrete Forderung an die Landesregierung: „Die anstehende Novellierung der 1. BImSchV soll durch die Einführung verbindlicher Grenzwerte für kleinere Holzfeuerungsanlagen ein Zeichen für die Luftreinhaltung und für den Klimaschutz zu setzen.“

Die Referenten der Fachtagung vermittelten Informationen für den betrieblichen Erfolg

Mit zweierlei Maß

Im Verlauf seiner Ausführungen kritisierte der Vorstandsvorsitzende weitere Entwicklungen, die die Landesregierung zu vertreten hat. Dazu gehört auch, dass die Mittel für die vom Land geförderte Betriebsberatung durch Kammern und Verbände, die zur Stabilisierung und Rettung von Unternehmen beigetragen hat, gekürzt worden sind. So hat es auch die im Fachverband angesiedelte Umweltschutzberatungsstelle im SHK-Handwerk getroffen. Des Weiteren bemängelte Stather die immer noch schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen. Dabei beträgt der nach VOB zulässige Prüfungszeitraum für Rechnungen maximal zwei Monate, wird aber mehrheitlich weit überzogen. Hier messe der Staat mit zweierlei Maß, denn: wehe die Handwerksbetriebe zahlen ihre Steuern einen Tag zu spät.

Normen und Richtlinien ohne Ende

„Die Einführung der EU-Normen vereinfacht das technische Regelwerk nicht, sondern lässt es geradezu ausufernd. Die Grundlagennormen müssen wieder in geordnete Bahnen zurückgeführt werden. Dazu sollten in den einzelnen DIN-Normen die Anforderungen der entsprechenden europäischen Norm integriert werden,“ forderte Vorstandsvorsitzender Stather eine Vereinfachung für die Betriebe. Ein zusätzliches Problem erwachse aus dem Bestreben des Vereins Deutscher Ingenieure, seine Normen, die VDI-Richtlinien, auch im Handwerksbereich auszudehnen. Stather hierzu: „Man muss sich schon die Frage stellen, warum wir zur bewährten DIN 4109 über Schallschutzanforderungen zusätzlich eine VDI-Richtlinie 4100 über Schallschutzanforderungen benötigen. Auch die VDI-Richtlinie 6022 Hygieneanforderungen an raumlufttechnische Anlagen sorgt bei uns für Verärgerung, denn hier werden ebenfalls zu hohe und nicht

praxisgerechte Anforderungen gestellt. Ebenso wie der Bundesindustrieverband Haus-, Energie- und Umwelttechnik erklären wir, dass wir die VDI-Richtlinie 6022 nicht als eine allgemein anerkannte Regel der Technik betrachten. Denn eine VDI-Richtlinie kann ohne Akzeptanz der Verkehrskreise nicht den Anspruch erheben, als eine allgemein anerkannte Regel der Technik zu gelten.“

Zum Abschluss seiner Ausführungen wies Stather auf den landesweiten Aktionstag „Wohlfühlen in Baden-Württemberg“ vom 22. bis 24. September hin. Zwar sei die Unterstützung aus Hersteller- und Großhandelskreisen nicht gerade üppig, umso mehr danke er den Marktpartnern, die sich gemeinsam mit dem SHK-Handwerk engagieren.

Motivation und Ehrungen

Motivationstrainerin und Psychologin Monika Matschnig gelang es im Festreferat, das Publikum unterhaltsam für den gezielteren Einsatz der Körpersprache zu sensibilisieren. In ihrem gestenreichen Vortrag machte die ehemalige Spielerin der österreichischen Volleyball-Nationalmannschaft auf die kleinen alltäglichen Unzulänglichkeiten aufmerksam – und zeigte wie es besser geht.

Die öffentliche Mitgliederversammlung bildete auch diesmal wieder den angemessenen Rahmen, um außergewöhnliche Leistungen zu würdigen. Für seine Verdienste rund um die Berufsorganisation wurde dem Fachgruppenleiter der Ofen- & Luftheizungsbaubereichs und Fachverbands-Vorstandsmitglied, Sieghard Marquardt aus Herrenberg, der Wilhelm-Braun-Preis verliehen. Die goldene Ehrennadel des Fachverbandes erhielten Wolfgang Friedrich aus Göppingen und Thomas Kaiser aus Waldshut. Mit der silbernen Ehrennadel zeichnete der Fachverband Klaus Bodmer (Deißlingen), Hans Klein (Brühl), Joachim Kreuz (Schallstadt), Bernd Pfeil (Wertheim-

Lindelbach), Robert Smejkal (Heidenheim-Mergelstetten) und Rolf Uhlmann (Leingarten) aus. Auch der handwerkliche Nachwuchs wartete mit außerordentlichen Leistungen auf. Der Fachverband würdigte dies und überreichte eine Anerkennung der Berufsorganisation. Zu den Besten dürfen sich im Bereich der Gas- und Wasserinstallation Daniel Dold aus Hornberg und bei den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern Stefan Munz aus Dettingen zählen. Bei den Klempnern ist es Simon Altvater aus Sindelfingen und bei den Ofen- und Luftheizungsbauern Stefan Bayer aus Zwiefalten. Sie wurden in ihren Bereichen Landessieger.

Fachtagung rundete Infoangebot ab

Einen weiteren Themenkomplex des Verbandstages bildeten die Fachtagungen. Die Ausführungen waren auf die Belange der täglichen Praxis abgestimmt und bargen viele Tipps. Hier die Referenten und Themen im Überblick:

- Wirtschaftliche Situation und Aussichten, Dr. Hans B. Klein (HGF des Fachverbandes)
- Handwerksmarketing der Zukunft, Albrecht Oesterle, FV-Referent

- Aktuelles aus dem Steuerrecht, Michael Dietrich, Kanzlei Böhneke/Dietrich

- Baurechtliche Mängelrügen, Matthias Bergmann, FV-Referent

- Trinkwasserhygiene und Legionellenprophylaxe, VDI-Obmann Rainer Kryschi

- Novellierung der EnEV, FV-Geschäftsführer Dietmar Zahn

- Metalldächer und Umwelteinflüsse: Peter Strobel von Pro Metall

Einige Themen werden wir im Rahmen unserer Fachberichterstattung aufgreifen. Sie werden von den Referenten in Form von Fachbeiträgen aufgearbeitet.

Welche Entwicklungen auf dem Verbandstag im Rahmen der

Delegiertenversammlung behandelt wurden, erfahren Sie in der nächsten SBZ. Ein gelungener Festabend und ein attraktives Rahmenprogramm rundeten die Informationsveranstaltung ab. Der nächste Verbandstag findet am 15. und 16. Juni in Biberach statt. Karl Brenner, Obermeister der gastgebenden Innung, lud hierzu schon jetzt in die oberschwäbische Kreisstadt ein. *DS*



Auch der Spaß kam beim Verbandstag nicht zu kurz: Hier zeigt Michael Pfütze (v.r.) den Kollegen Bernd John, Hansjörg Zimmermann und Walter Frank, was ein Obermeister der Innung Lahr so alles drauf hat